

2333/J XX.GP

Anfrage der Abgeordneten Schaffenrath, Motter und Partner/innen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Entwicklung der Arbeitslosenrate bei Frauen seit Inkrafttreten des Bonus
Malus-Systems

Bis 1999 wird laut Angeben des Arbeitsmarktservice die Zahl der weiblichen Arbeitslosen um ein Viertel auf 120.000 steigen. Die Erwerbsquote österreichischer Frauen ist mit 61% im OECD Vergleich (75%) nicht nur deutlich unterdurchschnittliche, sondern seit Jahren zum ersten Mal wieder rückläufig.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Frauen ist durch unterschiedliche Faktoren bedingt wie zu Beispiel, daß Frauen in industriell-gewerblichen Bereich vor allem im Strukturschwachen Branchen arbeiten (Textil, Bekleidung, Leder, Nahrungsmittel), was längerfristig überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zur Folge hat oder aber im Dienstleistungssektor tätig sind, wo die Arbeitslosenzahlen in letzter Zeit erst wieder angestiegen sind.

Doch auch Maßnahmen wie das Bonus-Malus-System, wirken sich in der Praxis für Frauen kontraproduktiv aus, wie es auch aus der Stellungnahme der damaligen Präsidentin der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte Eleonara Hostasch hervorging:

"Da zeitlich auch das Erreichen der Altersgrenze für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer abgestellt wird, ergeben sich unterschiedliche Beträge für Männer und Frauen. bei Frauen ist der Betrag weit geringer, da maximal 5 Jahre für die Berechnung herangezogen werden, bei Männern sind dies aber 10 Jahre. Eine Lösung könnte darin Bestehen, allgemein auf das 60. Lebensjahr zu verweisen."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten folgenden Anfrage

- 1.) Wie war die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von Frauen, seit Inkrafttreten des Bonus-Malus-Systems? (Bitte gliedern Sie die Zahlen je nach Bundesländer und folgenden Altersgruppen 35 bis 39 -jährige, 40 bis 44 -jährige, 45 bis 49 -jährige, 50 bis 55 -jährige.)
- 2.) Trotz der von Ihnen befürchteten negativen Auswirkungen für Frauen haben Sie dem Gesetz als nationalratsabgeordnete und Arbeiterkammerpräsidentin Ihre Zustimmung gegeben. Wie beurteilen Sie diese Vorgangswise hinsichtlich einer Vereinbarkeit mit der von Ihnen deklarierten "frauenfreundlichen Politik" ?